



## Europarat

24.4.2024 – Der Europarat wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Dem Gremium mit Sitz in Straßburg gehören 46 Staaten an, darunter alle Mitglieder der Europäischen Union. Anlässlich des Jubiläums hat der Landtag auf Antrag von CDU und Grünen die herausragende Rolle des Europarats beim Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit betont. Ein entsprechender Antrag der beiden Regierungsfractionen ([18/8884](#)) wurde von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Die AfD stimmte dagegen. Die Arbeit des am 5. Mai 1949 gegründeten Europarats sei heute wichtiger denn je, heißt es in dem Antrag. Weltweit stünden Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unter Druck, „auch in Vertragsstaaten des Europarates“. Die Anzahl der Demokratien sinke.

## Jugendkriminalität

24.4.2024 – Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) müsse die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität zur Chefsache machen. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/8895](#)). Erforderlich sei eine „Task Force“ in der Staatskanzlei, an der neben dem Innenministerium weitere Ministerien beteiligt seien. Die Gruppe müsse bis Ende August 2024 ein Konzept zur verstärkten Bekämpfung und Vorbeugung von Kinder- und Jugendkriminalität vorlegen. Sie müsse insbesondere veranlassen, dass die Präventionsarbeit „flächendeckend weiterentwickelt sowie personell und finanziell gestärkt wird“. Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag auf die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2023. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der Delikte um 3,4 Prozent auf 1,41 Millionen gestiegen. Ein Anstieg sei auch bei der Kinder- und Jugendkriminalität festzustellen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. SPD und FDP hatten für den Antrag gestimmt, die AfD-Fraktion enthielt sich.

## Bachelor im Jurastudium

24.4.2024 – Studierende der Rechtswissenschaft sollen ihr Studium künftig auch mit einem Bachelor-Grad abschließen können. Dies sieht ein Gesetzentwurf ([18/8827](#)) der Landesregierung vor. Hintergrund: Im Jurastudium erfolgten Studienabbrüche weit später als in anderen Fächern. Ein Grund dafür sei, dass die Studierenden lange am Ziel „Erstes Staatsexamen“ festhielten, so die Landesregierung. Zum Zeitpunkt des Abbruchs hätten sie jedoch schon Studien- und Prüfungsleistungen erbracht, „die im Rahmen eines Bachelor-Studiengangs die Anforderungen eines Hochschulabschlusses erfüllt hätten“. Diese Leistungen sollen honoriert werden. Die Staatsprüfungen als Zugangsvoraussetzung insbesondere zur Richter-, Staatsanwalt- und Rechtsanwaltschaft sowie zum Notariat sollen nicht durch andere Hochschulabschlüsse ersetzt werden können. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss (federführend) überwiesen.

## Schankgebühren

25.4.2024 – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wollen Schaustellerinnen und Schausteller entlasten. In Nordrhein-Westfalen sowie sieben weiteren Bundesländern müssten sie für Schanklizenzen in jeder Kommune für jede Veranstaltung eine „kostenpflichtige Gestattung“ beantragen, heißt es im gemeinsamen Antrag der Fraktionen ([18/8883](#)). Dies führe zu erheblichen finanziellen und organisatorischen Belastungen einer Branche, die einen „traditionsreichen Bestandteil unseres kulturellen Lebens“ bilde. Die Landesregierung solle kurzfristig durch Erlass regeln, „dass mit dem Besitz einer Reisegewerbekarte alle gaststättenrechtlichen Erfordernisse erfüllt sind und insbesondere keine ‚Schankgebühren‘ mehr anfallen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Cannabis

25.4.2024 – Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der Cannabislegalisierung zum Handeln aufgefordert. Zwar sei das Bundesgesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis zum 1. April 2024 in weiten Teilen bereits in Kraft getreten. Für die vollständige Umsetzung in Nordrhein-Westfalen zum 1. Juli 2024 seien jedoch Landesbehörden zuständig, heißt es im entsprechenden Antrag ([18/8885](#)). So gelte es etwa, Anbaugemeinschaften zu erlauben und zu kontrollieren. Das Gesetz verbiete den Cannabiskonsum zum Beispiel in Sichtweite von Schulen und tagsüber in Fußgängerzonen. Auch das sei zu überwachen. Polizei und kommunale Ordnungsbehörden bräuchten Handlungsanweisungen. Dies und mehr müsse die Landesregierung regeln und zuständige Behörden benennen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. Für den Antrag hatten SPD und FDP gestimmt.

## Verkehrsverbünde

25.4.2024 – Der Landtag hat den Antrag ([18/8876](#)) der AfD-Fraktion abgelehnt, verschiedene Verkehrsverbünde in Nordrhein-Westfalen zusammenzulegen. Die Fusionierung zu einem „Verkehrsverbund NRW“ sei „angesichts knapper finanzieller Mittel, massiv steigender Energiepreise sowie einer fortlaufend hohen Subventionierung des ÖPNV dringend anzuraten“, hatte die Fraktion argumentiert. Unnötige Bürokratie und Doppelstrukturen sollten vermieden werden. Eine Fusion zu einem Dachverbund sei auch daher sinnvoll, „damit Fahrgäste nicht mehr durch Waben, Zonen und Ringe der Verkehrsverbünde irren und ständig an Tarifgrenzen stoßen“. Gegen den Antrag stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP.



## Nahost-Krieg

15.5.2024 – Der Konflikt im Nahen Osten hat den Landtag erneut beschäftigt. Die Abgeordneten verabschiedeten einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/9150](#)). Darin verurteilen die Fraktionen den „grausamen terroristischen Überfall der Hamas“ auf Israel vom vergangenen Oktober und fordern die Freilassung der weiterhin mehr als 100 israelischen Geiseln, die sich in den Händen der Terrororganisation befinden. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels seien deutsche Staatsräson und nicht verhandelbar, heißt es weiter. Nordrhein-Westfalen stehe solidarisch an der Seite der israelischen Bevölkerung. Die Fraktionen zeigen sich zugleich besorgt über die humanitäre Lage im Gazastreifen. Israel sei aufgefordert, „sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu ermöglichen“. Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Hilfsorganisationen seien inakzeptabel. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD angenommen.

## EU-Osterweiterung

15.5.2024 – Vor 20 Jahren traten zehn Staaten der Europäischen Union (EU) bei, hauptsächlich aus Mittel- und Osteuropa. Zu den neuen Mitgliedern zählten u.a. die drei baltischen Staaten sowie Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn. In einem Antrag ([18/9128](#)) würdigen die Fraktionen von CDU und Grünen die EU-Osterweiterung vom 1. Mai 2004 als „historischen Moment“. Sie sei „ein Meilenstein in der europäischen Integration und markierte das Zusammenwachsen eines Kontinents, der jahrzehntelang durch politische und ideologische Grenzen getrennt war“. In ihrem Antrag fordern die Fraktionen die Landesregierung u.a. auf, die Gespräche mit den mittel- und osteuropäischen Partnerländern zu intensivieren und die Vernetzung von Regionen und Städten der Länder voranzutreiben. Der Antrag wurde mit

den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Die AfD war dagegen.

## Rheinisches Revier

15.5.2024 – Was kommt nach der Braunkohle? Das hat die SPD-Fraktion die Landesregierung mit Blick auf den für 2030 geplanten Ausstieg aus der Braunkohleförderung gefragt. Sie weist auf die große Herausforderung des Strukturwandels im Rheinischen Revier und auf Kritik an der Verwendung von Fördermitteln für die Region. In einer Großen Anfrage ([18/7943](#)) hat sie 168 Fragen zur Flächenentwicklung, Energiesicherheit und Schaffung neuer Arbeitsplätze, zu Förderstrukturen und „innovativen Zukunftsvisionen“ gestellt. Die Antwort der Landesregierung ([18/9134](#)) umfasst 101 Seiten. Die Landesregierung stehe den Menschen gegenüber in der Pflicht, heißt es darin. Dank Evaluierung und Monitoring werde die Landesregierung transparent aufzeigen, wo der Strukturwandel stehe. Als besondere Stärke der Region benennt sie „die hervorragende Forschungslandschaft und die Dichte an kleinen und mittleren Unternehmen“. Deshalb schaffe die Landesregierung im Rheinischen Revier den Raum und die Infrastruktur für Forschung und Innovationen.

## Verfassungsänderung

15.5.2024 – Die Fraktionen von SPD und FDP schlagen gemeinsam eine Änderung der Landesverfassung vor. In dem Gesetzentwurf ([18/9155](#)) geht es um die in Artikel 23 Absatz 2 der Verfassung geregelten Vorgaben zur Änderung von Verträgen mit der Katholischen und Evangelischen Kirche, den sogenannten Kirchenverträgen, und den Abschluss neuer Verträge durch ein Landesgesetz. Demnach ist beides nur bei Zustimmung der Vertragspartner möglich. „Diese über die Anforderungen des Grundgesetzes hinausgehende Bindung steht in einem Spannungsverhältnis zum Demokra-

tieprinzip, weil es die in den Kirchenverträgen geregelten Gegenstände gegebenenfalls auf Dauer der Neubewertung durch den demokratisch legitimierten Gesetzgeber entzieht“, argumentieren die beiden Fraktionen und fordern, künftig auf die „Zustimmung der Vertragspartner“ zu verzichten. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

## Religiöser Extremismus

15.5.2024 – Die AfD-Fraktion warnt vor religiösem Extremismus an nordrhein-westfälischen Schulen. Islamistische und antidemokratische Übergriffe nähmen zu, heißt es in einem Antrag ([18/9169](#)): „Viele Straftaten konnten bisher nicht aufgeklärt werden und versetzen Lehrer, Schüler und Eltern in Unruhe.“ Nordrhein-Westfalen könne sich „keine religiös motivierte Spaltung erlauben, welche die Schülerschaft in fromme Muslime und ‚Ungläubige‘ unterteilt“. Die derzeitigen Präventionsprogramme reichten nicht aus, „um die religiöse Radikalisierung unserer Schüler zu verhindern“. Die Landesregierung müsse religiöse Extremismusfälle „transparent, lückenlos und unverzüglich“ aufklären. Zudem solle sie den islamischen Religionsunterricht evaluieren und gegebenenfalls reformieren. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

## Roben für die Rechtspflege

15.5.2024 – Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sollen künftig bei bestimmten Amtshandlungen eine Robe tragen dürfen, um so als Vertreterinnen und Vertreter der Justiz klar erkennbar zu sein. Die Fraktionen von CDU und Grünen hatten das in einem Antrag ([18/9126](#)) gefordert. Dieser wurde einstimmig angenommen. Der Bundesgesetzgeber habe die Aufgaben der Berufsgruppe erheblich erweitert, schreiben CDU und Grüne. Dies habe auch zu häufigerem direkten Kontakt zu Bürger-





rinnen und Bürgern geführt. Beamtinnen und Beamte hätten berichtet, „dass ihnen bei der Amtshandlung nicht immer der ihrer Funktion zustehende Respekt entgegengebracht wird“. Auch andere Berufsgruppen in der Justiz – zum Beispiel Amtsanwältinnen und -anwälte sowie Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamte – trügen schon jetzt bei bestimmten Handlungen eine Robe.

## Untersuchungsausschuss

16.5.2024 – Der Landtag hat auf Antrag von Abgeordneten der SPD und der FDP einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema „Verantwortung der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Besetzungsverfahren der Stelle des Präsidenten/der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen“ eingesetzt. Der Antrag ([18/9149](#)) wurde bei Enthaltung von CDU, Grünen und AfD angenommen. Die Stelle ist laut Antrag seit fast drei Jahren unbesetzt. Derzeit ist eine Verfassungsbeschwerde eines nicht berücksichtigten Bewerbers anhängig. Der Ausschuss solle sich „ein Gesamtbild über mögliche Versäumnisse, Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Landesregierung“ im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren und der Besetzung der Stelle verschaffen.

## Grundsteuer

16.5.2024 – Die Kommunen sollen ab 1. Januar 2025 die Möglichkeit erhalten, bei der Grundsteuer unterschiedliche Hebesätze für Wohn- bzw. Nichtwohngrundstücke festzulegen. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor ([18/9242](#)), den die Fraktionen von CDU und Grünen eingebracht haben. Hintergrund ist die Grundsteuerreform. Durch das Bundesmodell, für das sich NRW entschieden hatte, könnten mögliche Mehrbelastungen einer Grundstücksart in den einzelnen Regionen nicht ausgeglichen werden, weshalb einige Eigentümerinnen und Eigentü-

mer stärker belastet würden als andere. Ziel des Gesetzes sei, dass Kommunen zielgenau auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort reagieren könnten. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen.

## Europawahl

16.5.2024 – Der Landtag hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, an der Europawahl teilzunehmen. In Deutschland findet sie am 9. Juni 2024 statt. Erstmals dürfen auch 16- und 17-Jährige mitwählen – dies begrüße der Landtag ausdrücklich, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/9124](#), Neudruck). „Die Europäische Union war von Anfang an ein Friedensprojekt. Sie hat ihren Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Um den Wesenskern der Europäischen Union zu erhalten und gegen seine Feinde zu verteidigen, ist die Teilhabe von möglichst vielen Menschen an der Europawahl wichtig.“ Der Landtag verurteile Spaltung, Ausgrenzung und eine Sprache, die Hass und Gewalt schüre. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD angenommen.

## Verbrennermotor

16.5.2024 – Gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennermotor wendet sich die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/9167](#)). Einseitig auf Elektrofahrzeuge zu setzen, wie auf EU-Ebene beschlossen, berge „Risiken bei der Ladeinfrastruktur, der Energieversorgung und der Verfügbarkeit der Rohstoffe“, zitiert die Fraktion ein Gutachten. Die deutschen Automobilhersteller seien weltweit führend im Bau von Verbrennermotoren. Politische Entscheidungen gefährdeten aktuell die stärkste Branche Deutschlands, während etwa in China die Verbesserung von Verbrennermotoren weiter voranschreite. Die Landesregierung solle sich u. a. auf nationaler und europäischer Ebene zur

Technologieoffenheit bekennen und für Investitionssicherheit im Automobilsektor sorgen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

## Benelux-Staaten

16.5.2024 – Die Landesregierung soll sich für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Staaten der Europäischen Union und insbesondere zu den Benelux-Staaten einsetzen. Dies fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag ([18/9151](#)). Es gelte, „die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Investoren aus der Europäischen Union zu schaffen“. Dazu zählten u. a. einfache und schnelle Genehmigungsverfahren, der Abbau von Bürokratie sowie eine gut ausgebaute Verkehrs- und Energieinfrastruktur. Die Niederlande seien bei Im- und Exporten der wichtigste Handelspartner Nordrhein-Westfalens. Doch auch Belgien und Luxemburg seien für die Wirtschaft wichtige Partnerländer. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. SPD und FDP stimmten dafür.

## Werbung für Elternschaft

16.5.2024 – Die AfD-Fraktion möchte eine „Willkommenskultur für Neugeborene“ schaffen. In ihrem Antrag argumentiert sie, der demografische Wandel erfordere mehr Nachwuchs. Es gelte, dem Phänomen gewollter Kinderlosigkeit entgegenzuwirken. Die Fraktion verweist auf Skandinavien, wo trotz vergleichsweise günstiger Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Geburtenrate sinke. Trotz der prinzipiell freien Entscheidung für oder gegen Elternschaft habe die Regierung die Aufgabe, die Geburtenrate zu regulieren und entsprechende Anreize zu schaffen, heißt es im Antrag. Das Plenum hat den Antrag an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.